

Fragen

für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 15. Mai 1985

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Amling (SPD)	50, 106	Kirschner (SPD)	58, 59
Bahr (SPD)	10	Dr. Klejdzinski (SPD)	56, 57
Berger (CDU/CSU)	52, 53	Dr. Kübler (SPD)	51, 71
Bindig (SPD)	8	Kuhlwein (SPD)	103
Brück (SPD)	25, 26	Dr. Lammert (CDU/CSU)	79, 80
Dr. von Bülow (SPD)	16, 99	Lowack (CDU/CSU)	9, 87
Catenhusen (SPD)	74	Mann (DIE GRÜNEN)	93, 94
Dr. Czaja (CDU/CSU)	12, 13	Menzel (SPD)	97, 98
Dolata (CDU/CSU)	45, 46	Michels (CDU/CSU)	43, 44
Duve (SPD)	6, 7	Dr. Müller (Bremen) (DIE GRÜNEN)	36, 37
Fellner (CDU/CSU)	19, 20	Müller (Schweinfurt) (SPD)	83, 84
Fischer (Homburg) (SPD)	72, 73	Frau Odendahl (SPD)	104
Grunenberg (SPD)	77, 78	Ranker (SPD)	38, 39
Hedrich (CDU/CSU)	14, 15	Rapp (Göppingen) (SPD)	54, 55
Hettling (SPD)	85, 86	Reimann (SPD)	3, 49
Hinsken (CDU/CSU)	40, 41	Roth (SPD)	64, 65
Dr. Hirsch (FDP)	23, 24	Schartz (Trier) (CDU/CSU)	81, 82
Frau Hönes (DIE GRÜNEN)	17, 18	Schierholz (DIE GRÜNEN)	30, 31
Dr. Hupka (CDU/CSU)	1, 11	Frau Schmedt (Lengerich) (SPD)	5, 88
Dr. Jens (SPD)	70, 100	Dr. Schöffberger (SPD)	4
Jungmann (SPD)	60, 61	Schulte (Menden) (DIE GRÜNEN)	28, 29
Kastning (SPD)	102	Dr. Schwenk (Stade) (SPD)	33, 34

Verzeichnis der Fragesteller

<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordneter</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Sielaff (SPD)	62, 63	Vahlberg (SPD)	75, 76
Dr. Sperling (SPD)	27, 35	Vogelsang (SPD)	101
Dr. Spies von Büllenheim (CDU/CSU)	47, 48	Vosen (SPD)	66, 67
Stahl (Kempen) (SPD)	68, 69	Weiß (CDU/CSU)	32
Frau Steinhauer (SPD)	21, 22	Weisskirchen (Wiesloch) (SPD)	105
Stiegler (SPD)	2, 42	Dr. de With (SPD)	89, 90
Urbaniak (SPD)	95, 96	Wolfram (Recklinghausen) (SPD)	91, 92

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	Seite
Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes . .	4
Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	4
Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit	4
Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen	5
Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern	6
Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft	9
Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	11
Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung .	11
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung	12
Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit	16
Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr	17
Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmelde- wesen	18
Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie .	19
Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft .	20

**Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und
des Bundeskanzleramtes**

1. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
Warum hat die Bundesregierung in ihrer Dokumentation zum „Bericht der Bundesregierung zur Lage der Nation im geteilten Deutschland“ im Text des Moskauer und des Warschauer Vertrages nicht den entscheidenden Artikel 4 mit dem Friedensvorbehalt veröffentlicht?
2. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
Wird die Bundesregierung die Rede des Bundespräsidenten zum 8. Mai in hoher Auflage im In- und Ausland verbreiten?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

3. Abgeordneter
Reimann
(SPD)
Welche Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die prozentuale und absolute Investitionstätigkeit der Kommunen bezogen auf die öffentliche Hand seit 1980 sowie deren Anteil an den Sozialhilfeausgaben in diesem Zeitraum?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung,
Bauwesen und Städtebau**

4. Abgeordneter
Dr. Schöffberger
(SPD)
Was hat die Bundesregierung bisher unternommen, um entsprechend der Ankündigung des Bundesministers Dr. Schneider vom März 1984 das Instrument der Erhaltungssatzung (§ 39 h BBauG) gesetzgeberisch so zu verbessern, daß eine Baugenehmigung zweifelsfrei auch dann versagt werden kann, wenn Baumaßnahmen zur Vertreibung von Mietern führen und keine „besonderen städtebaulichen Gründe“ für die Erhaltung vorliegen, und bis wann ist mit einer Gesetzesinitiative zu rechnen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers
für wirtschaftliche Zusammenarbeit**

5. Abgeordnete
**Frau
Schmedt
(Lengerich)**
(SPD)
Wie beurteilt die Bundesregierung die Einführung eines digitalen Fernmeldevermittlungsnetzes in Bangla Desh unter entwicklungspolitischen Gesichtspunkten?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

6. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Trifft die Meldung des SPIEGEL (Nr. 18/1985 – „Mehr Verständnis“) zu, wonach sich das Auswärtige Amt und die chilenische Botschaft von der massiven Kritik des CDU-Generalsekretärs Dr. Geißler an dem Militärdiktator Pinochet distanziert haben sollen?
7. Abgeordneter
Duve
(SPD)
- Zitiert der SPIEGEL eine Aufzeichnung des Chile-Referats des Auswärtigen Amts vom 10. Januar 1985 richtig, in der der angesehene Führer der chilenischen Christdemokraten Gabriel Valdes als „Belastung“ und als ein Faktor für den „Anfang eines neuen Allende-Chaos“ bezeichnet wurde?
8. Abgeordneter
Bindig
(SPD)
- Trifft es zu, daß sich der türkische Ministerpräsident Özal in zwei Briefen an die Bundesregierung gewandt und das Erscheinen der Zeitschrift „Mizgin“ der in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Kurden beanstandet hat, und wie hat die Bundesregierung diese Intervention beantwortet?
9. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)
- Sind der Bundesregierung Berichte von SWAPO-Dissidenten bekannt, wonach die SWAPO-Gefängnisse in Mboroma, Nyango und Senanga – alle Sambia – und Cuanza-Sul/Angola unterhält, in denen Hunderte von Frauen und Männern häufig in Erdlöchern gefangen gehalten werden, weil sie sich von der SWAPO losgesagt haben, und ist die Bundesregierung bereit, diesen Berichten nachzugehen, um sich gegebenenfalls für die Freilassung dieser Gefangenen einzusetzen?
10. Abgeordneter
Bahr
(SPD)
- Welche Informationen liegen der Bundesregierung im Hinblick auf Abänderung von Dienstvorschriften der amerikanischen Streitkräfte vor, die sich – wie insbesondere das Air Force Pamphlet 110-31 und das Army Field Manual 27-10 – auf die Verbindlichkeit von Völkerrechtsnormen im Falle eines Atomkrieges beziehen?
11. Abgeordneter
Dr. Hupka
(CDU/CSU)
- In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung auf die jüngsten Ausführungen des polnischen Partei- und Regierungschefs Jaruzelski am 7. Mai 1985 in Breslau zum Ende der Ausreise, zumal der Inhalt dieser Ausführungen gegen die deutsch-polnischen Abmachungen von 1970 und 1975/76 sowie gegen die Verpflichtungen der Volksrepublik Polen aus den UN-Menschenrechtspakten und der KSZE-Schlußakte verstößt, zu reagieren?

12. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Was wird die Bundesregierung angesichts der Hunderttausenden unerledigten Aussiedlungsanträge Deutscher einerseits und der Erklärung des polnischen Regierungschefs Jaruzelski in Breslau am 7. Mai 1985, daß alle polnischen Verpflichtungen diesbezüglich „mehr als erfüllt“ seien und die deutsche Minderheit aufgehört habe zu existieren, andererseits unternehmen, um den konstanten Bruch der humanitären Geschäftsgrundlagen des Warschauer Vertrags und der Rechtsverpflichtungen des Politischen Menschenrechtspaktes – trotz riesiger deutscher Subsidien an die Volksrepublik Polen und Milliardenverlusten des Bundes – zu unterbinden?
13. Abgeordneter
Dr. Czaja
(CDU/CSU)
- Wie wird die Bundesregierung den unerhörten Entstellungen der ostdeutschen Geschichte, der Verletzung des guten Rufs der ostdeutschen Heimatvertriebenen, der Einmischung in unsere innerstaatlichen Angelegenheiten sowie der Beschimpfung unseres Staatsbesuchs („der Bitburger Tag der Schande“) seitens des polnischen Regierungschefs Jaruzelski in Breslau wirksam entgegentreten?
14. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Wende der französischen Regierung in deren Haltung gegenüber der UNESCO von einer relativen Zurückhaltung hin zu einer betonten und detaillierten Kritik, wie dies in der Rede des französischen Außenministers Dumas vor der nationalen französischen UNESCO-Kommission im April 1985 deutlich wurde?
15. Abgeordneter
Hedrich
(CDU/CSU)
- Besteht eine bilaterale Absprache oder beabsichtigt die Bundesregierung eine solche mit der französischen Regierung zu treffen über das weitere Verhalten gegenüber der UNESCO im Fall ausbleibender Reformen?
16. Abgeordneter
Dr. von Bülow
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Äußerung des BDI-Präsidenten, Dr. Langmann, wonach deutschen Unternehmen die Beteiligung an der strategischen Verteidigungsinitiative der USA nicht verwehrt werden könne, vor dem Hintergrund der eigenen Erklärung gegenüber der Westeuropäischen Union, wonach sich die Bundesrepublik Deutschland an der Entwicklung oder Herstellung strategischer Waffen nicht beteiligen werde?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

17. Abgeordnete
Frau Hönes
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Industrie in Österreich und in der Schweiz freiwillig den Anteil an PVC-Verpackungen innerhalb der nächsten zwei Jahre um 18 v. H. bzw. um ca. 60 v. H. reduzieren will, nur um gesetzliche

- Zwangmaßnahmen zu verhindern, und befindet sich die Bundesregierung derzeit in Verhandlung mit der Industrie über eine mögliche Reduzierung des PVC-Anteils bei Verpackungen?
18. Abgeordnete
Frau Hönes
(DIE GRÜNEN)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach Schätzungen bundesdeutscher Abfallexperten die Dioxin-Emissionen aus Müllverbrennungsanlagen zu ca. 50 v. H. aus dem PVC im Hausmüll gebildet werden, und welche Pilotprojekte zur Separierung und Verwertung von Kunststoffabfällen aus der Wertstofftonne fördert oder finanziert die Bundesregierung derzeit?
19. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU)
- Wie bedient sich die DKP der von orthodoxen Kommunisten beherrschten „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten“, um möglichst viele Nichtkommunisten aus Anlaß des 40. Jahrestages der Kapitulation des Deutschen Reiches für ein breites Bündnis und für spektakuläre „antifaschistische Manifestationen“ im Sinne der Moskau-orientierten Kommunisten zu gewinnen?
20. Abgeordneter
Fellner
(CDU/CSU)
- Woraus ergibt sich der kommunistische Einfluß auf das „Vierte Forum“ der Krefelder Initiative im September 1984, und wie kommt die Bundesregierung dazu, von einer kommunistisch initiierten „Krefelder Initiative“ zu sprechen?
21. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, in welchen Ländern auf Grund der dortigen gesetzlichen Bestimmungen die Möglichkeit besteht, im Laufe des Lebens einmal den eigenen Geburtstag neu festsetzen zu lassen, und welche Auswirkungen hat dies auf Ausländer, die ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland haben?
22. Abgeordnete
Frau Steinhauer
(SPD)
- Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, daß Änderungen des Geburtsdatums von Ausländern in ihren Heimatländern in der Bundesrepublik Deutschland Konsequenzen hinsichtlich von Ansprüchen in der Sozialversicherung und beim Aufenthalt hatten oder noch haben werden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um solche Unklarheiten auszuschalten?
23. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Trifft es zu, daß Bundesbehörden die Namen von Bewerbern für den öffentlichen Dienst, die von ihnen eingestellt werden, an Versicherungen (insbesondere auch Krankenversicherungen) weitergeben, und wenn ja, welche Bundesbehörden tun dies?
24. Abgeordneter
Dr. Hirsch
(FDP)
- Wie beurteilt die Bundesregierung dies unter datenschutzrechtlichem Aspekt?

25. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß ein wesentlicher Teil der umweltschädlichen Immissionen, denen die Lothringen benachbarten Gebiete der Bundesrepublik Deutschland ausgesetzt sind, von den französischen Industrieanlagen in Lothringen stammen, und hat sich die Bundesregierung aus diesem Grunde darum bemüht, Kenntnisse darüber zu erhalten, ob die Umweltschutzmaßnahmen in den französischen Industrieanlagen in Lothringen dem Stand der Technik entsprechen?
26. Abgeordneter
Brück
(SPD)
- Ist die Bundesregierung bereit, die Umweltprobleme an der deutsch-französischen Grenze zum Thema der Konsultationen im Rahmen des deutsch-französischen Freundschaftsvertrages zu machen?
27. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)
- War die Kommission der Bundesregierung für Rechts- und Verwaltungsvereinfachung auch an der Erarbeitung der Maßnahmen für die Begünstigung schadstoffarmer Autos beteiligt, und welche Vereinfachungen wurden dadurch erreicht?
28. Abgeordneter
Schulte
(Menden)
(DIE GRÜNEN)
- Inwieweit bestätigt die Bundesregierung die Feststellung über das Auto in dem vom Umweltbundesamt herausgegebenen Buch „was Sie schon immer über Auto und Umwelt wissen wollten“ auf Seite 9: „Das Auto ist das Verkehrsmittel Nr. 1. Aber es ist auch das Sicherheits- und Umweltproblem Nr. 1!
- Das Auto hat von allen Verkehrsmitteln den höchsten Anteil an der Umweltverschmutzung.
 - Das Auto schafft die meisten Lärmprobleme.
 - Das Auto hat den größten Verkehrsflächenbedarf.
 - Das Auto hat – mit Ausnahme des Luftverkehrs – den höchsten Energieverbrauch pro Person.
 - Das Auto ist das größte Unfallrisiko für uns alle.
 - Das Auto ist selbst dann noch ein Problem, wenn es nicht mehr fährt.“?
29. Abgeordneter
Schulte
(Menden)
(DIE GRÜNEN)
- Wie rechtfertigt die Bundesregierung den von ihr häufig benutzten Terminus „umweltfreundliches Auto“ in Zusammenhang mit abgasmindernden Maßnahmen für Kraftwagen, wenn auch solche Autos weiterhin mit Lärm, Flächenverbrauch, Energieverschwendung, Rohstoffverbrauch, Öl, Asbest, Reifenabrieb usw. unsere Umwelt extrem belasten?
30. Abgeordneter
Dr. Schierholz
(DIE GRÜNEN)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Tatsache, daß die Hanauer Nuklearfirma RBU (Reaktor-Brennelement-Union) am Atomgesetz vorbei mit hochangereichertem Uran und Plutonium han-

tiert hat, und gedenkt sie im Rahmen der Bundesaufsicht Maßnahmen gegen die von der hessischen Landesregierung verfügten Teilstillegung der RBU zu ergreifen?

31. Abgeordneter
Dr. Schierholz
(DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Umstand, daß die RBU, die seit ca. 15 Jahren in Betrieb ist, bis heute nicht über die nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz erforderliche Genehmigung verfügt?

32. Abgeordneter
Weiß
(CDU/CSU)

Sieht sich die Bundesregierung bzw. das Umweltbundesamt als Beratungsorgan der Bundesregierung im Rahmen ihres Verantwortungsbereichs in der Lage, den von dem Bremer Biochemiker und Journalisten, Egmont R. Koch, angekündigten und in Teilen schon veröffentlichten Umweltatlas hinsichtlich seiner Wissenschaftlichkeit zu bewerten, und wenn ja, wie lautet ihre Stellungnahme?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

33. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)

Gibt es bundesrechtliche Rahmenvorschriften oder Mindestanforderungen für die Verfahrensordnungen bei den Rechtsanwaltskammern für die Wahrnehmung der Aufsicht über Rechtsanwälte, und inwieweit ist dadurch das rechtliche Gehör für Beteiligte innerhalb und außerhalb der Kammerzugehörigkeit in allen Stadien eines Verfahrens gesichert?

34. Abgeordneter
Dr. Schwenk
(Stade)
(SPD)

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß im Sorgerechtsverfahren bei Getrenntleben oder Scheidung der Eltern die Interessen des Kindeswohls allein durch die Verfahrensbeteiligten und ihre Prozeßbevollmächtigten ausreichend gewahrt werden?

35. Abgeordneter
Dr. Sperling
(SPD)

Kann die Bundesregierung Beispiele für Gesetze nennen, die sie auf Grund einer Prüfung auf der Basis der Prüffragen für Rechtsvorschriften des Bundes nicht verabschiedet hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

36. Abgeordneter
Dr. Müller
(Bremen)
(DIE GRÜNEN)

Bis zu welcher Summe beabsichtigt die Bundesregierung, eine Hermes-Bürgschaft für Nuklearexporte in die Volksrepublik China zu übernehmen, und inwieweit gedenkt die Bundesregierung, bei den anstehenden Entscheidungen über die Hermes-Exportbürgschaft dem Umstand Rechnung zu tragen, wonach China eine nukleare Kooperation mit Pakistan betreibt, das nach den vorliegenden Informationen militärisch nukleare Ambitionen verfolgt?

37. Abgeordneter
Dr. Müller
(Bremen)
(DIE GRÜNEN)
- Bis zu welcher Summe beabsichtigt die Bundesregierung, eine Hermes-Bürgschaft für Nuklearexporte nach Ägypten zu übernehmen, und inwieweit gedenkt die Bundesregierung, bei den anstehenden Entscheidungen über die Hermes-Exportbürgschaft dem Umstand Rechnung zu tragen, wonach Ägypten und der Nahe Osten insgesamt nach wie vor als Krisengebiet einzustufen sind (siehe Bombardierung des Irak-Reaktors durch Israel)?
38. Abgeordneter
Ranker
(SPD)
- Teilt die Bundesregierung die Auffassung des Arbeitgeberverbandes der Bauwirtschaft des Saarlandes, daß die saarländische Bauwirtschaft sich in einer verzweifelten wirtschaftlichen Lage befindet und ihr der Konkurs droht, und wenn ja, welche Folgerungen zieht sie daraus?
39. Abgeordneter
Ranker
(SPD)
- Wie wird die Bundesregierung auf die Resolution der saarländischen Bauunternehmer zur Lage ihres Wirtschaftszweiges, die an den Bundeskanzler und andere Mitglieder der Bundesregierung geschickt wurde, reagieren?
40. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Hält der Bundesminister für Wirtschaft im Interesse der Chancengleichheit und Wettbewerbsfähigkeit von mittelständischen Unternehmen des Handels und des Handwerks gesetzliche Eingriffe in das Kartell- und Wettbewerbsrecht für erforderlich, um die mittelständischen Unternehmen vor Wettbewerbsverzerrungen durch Lockvogelangebote, Untereinstandspreisverkäufe etc. zu schützen?
41. Abgeordneter
Hinsken
(CDU/CSU)
- Welche Schlüsse zieht der Bundesminister für Wirtschaft aus der aufgeworfenen Frage seines Vorgängers Graf Lambsdorff, vom 10. November 1978 „wie werden die Handelsstrukturen von morgen aussehen, wenn wir heute einen Wettbewerb zulassen, bei dem nicht mehr die Leistung, sondern nur die Macht zählt“, und wie beurteilt er deshalb die unterschiedlichen Rabattstrukturen der Hersteller für Großabnehmer und des mittelständischen Handels angesichts daraus resultierender Wettbewerbsverzerrungen und erheblicher Nachteile für die mittelständische Wirtschaft?
42. Abgeordneter
Stiegler
(SPD)
- In welchen Punkten ist die Bundesregierung bei ihren Vorschlägen für den neuen Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe „regionale Wirtschaftsstruktur“ den Vorschlägen des Unterausschusses für Zonenrandförderung und des Unterausschusses Regionalpolitik gefolgt, und in welchen Bereichen wird sie gesetzgeberische Initiativen ergreifen, um den Anregungen der beiden Ausschüsse zu entsprechen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung,
Landwirtschaft und Forsten**

43. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU) Kann die Bundesregierung angeben, welchen Umfang der Handelsaustausch von Agrarprodukten zwischen den Staaten der EG und den Vereinigten Staaten von Amerika im vergangenen Jahr hatte?
44. Abgeordneter
Michels
(CDU/CSU) Welchen Anteil hat hieran die Bundesrepublik Deutschland?
45. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) Wie steht die Bundesregierung zu dem Vorwurf, sie verschleierte die EG-Obstvernichtung, so wie sie auch von den EG-Behörden durch gezielte Desinformation betrieben werde?
46. Abgeordneter
Dolata
(CDU/CSU) Treffen auf EG-Unterlagen abgestützte Untersuchungsergebnisse des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Wochenbericht 4/85) zu, wonach 1982/83 von interveniertem Obst 13 v. H. Birnen, 18 v. H. Äpfel, 41 v. H. Pfirsiche, 75 v. H. Zitronen, 83 v. H. Mandarinen und sogar 97 v. H. Orangen auf sogenannten Obstfriedhöfen vernichtet und für diese Obst- und Gemüseinterventionen in den letzten drei Jahren mehr als 2 Milliarden DM ausgegeben wurden?
47. Abgeordneter
**Dr. Spies
von Büllenheim**
(CDU/CSU) Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung zur Erforschung von Gegenmitteln gegen Stiche der sogenannten Kriebelmücke, die seit einigen Jahren verstärkt in Flußtälern der Bundesrepublik Deutschland auftritt und deren Stiche im Frühjahr zum Tode zahlreicher Haustiere, vor allem von Rindern, und zu schwerer Gesundheitsbeeinträchtigung zahlreicher Menschen führten?
48. Abgeordneter
**Dr. Spies
von Büllenheim**
(CDU/CSU) Sieht die Bundesregierung eine Möglichkeit, durch Stiche der Kriebelmücke auftretende Viehverluste in die von den durch Beiträge aller Viehhalter finanzierten Tierseuchenkassen entschädigten Schadensfälle aufzunehmen oder den betroffenen Landwirten im Falle existenzbedrohender Schäden auf andere Weise zu helfen?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit
und Sozialordnung**

49. Abgeordneter
Reimann
(SPD) Kann die Bundesregierung ihre Aussagen aufrechterhalten zur Schaffung von Arbeitsplätzen durch Überstundenabbau, nachdem der Überstundenanteil höchstens 1 v. H. bzw. ca. 0,5 v. H. bei Abzug der regulären Reparaturstunden laut

Befragungen der chemischen Industrie beträgt, bzw. welche anderen Maßnahmen werden von ihr in Betracht gezogen zwecks Abbau der hohen Arbeitslosigkeit?

50. Abgeordneter
Amling
(SPD)

Was meint die Bundesregierung konkret, wenn sie erklärt, die Anpassungs- und Reaktionsfähigkeit auf dem Arbeitsmarkt verbessern zu wollen, und kann die Bundesregierung die einzelnen Maßnahmen, mit denen sie dieses Ziel erreichen will, benennen?

51. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)

Wieviel Laser, die zivil und wieviel Laser, die militärisch entwickelt wurden, werden derzeit nach der Kenntnis der Bundesregierung in der deutschen medizinischen Forschung, Diagnose und Therapie eingesetzt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

52. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU)

Ist es zutreffend, daß die seitens der Bundesregierung in der Fragestunde am 24. April 1985 bestätigten neuen luftgestützten Marschflugkörper mit nuklearen Sprengköpfen, die z. Z. in der Sowjetunion stationiert werden, in einer bestimmten Modifizierung auch auf dem Boden stationiert werden können, und besitzt die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, daß die Sowjetunion, ohne darüber in Genf oder im Ost-West-Dialog an anderer Stelle mit dem Ziel der Rüstungskontrolle zu verhandeln, solche Stationierung vorbereitet?

53. Abgeordneter
Berger
(CDU/CSU)

Aus welchen Gründen werden z. Z. zahlreiche junge Bewerber für eine Freiwilligenlaufbahn in der Bundeswehr seitens der Freiwilligen Annahmestellen zurückgewiesen, die vorher dort als geeignet getestet worden waren und in der Truppe dringend gebraucht würden, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die gegenwärtig günstige Bewerberlage angesichts der drohenden demographischen Fehlentwicklung jetzt nach Möglichkeit auszunutzen, um so später genügend Zeit- und Berufssoldaten zu gewinnen?

54. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)

Wie war der Hergang und welches ist der Stand der Erörterungen, die die Bundesregierung mit US-Dienststellen wegen der geplanten Verlegung von Kampfhubschraubern aus Mutlangen auf den Heeresflugplatz Göppingen der amerikanischen Streitkräfte geführt hat?

55. Abgeordneter
Rapp
(Göppingen)
(SPD)
- Sieht die Bundesregierung eine rechtliche und tatsächliche Möglichkeit, auf diese Planungen Einfluß zu nehmen, und wird sie dies – gegebenenfalls – mit dem Ziele tun, die Verlegung von Hubschraubern auf den Heeresflugplatz Göppingen der US-Streitkräfte im Hinblick darauf zu verhindern, daß dieser Flugplatz in einem besonders dichtbesiedelten Gebiet liegt?
56. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Bundesminister der Verteidigung, Dr. Wörner, und auch der amerikanische Armeeminister James Ambrose mir zugesichert haben, daß weder Pershing II bewegt oder zum Üben benutzt noch aus den USA in die Bundesrepublik Deutschland gebracht werden, solange sie – wie es anscheinend die Ursache für den letzten Unfall war – nicht gegen elektrostatische Aufladungen gesichert sind, und wenn ja, wie erklärt sich die Bundesregierung, daß laut SPIEGEL vom 29. April 1985 die Amerikaner weiterhin Übungen im Kasernenbereich und auch außerhalb des Stationierungsgeländes durchführen?
57. Abgeordneter
Dr. Klejdzinski
(SPD)
- Ist der Bundesregierung weiterhin bekannt, daß erklärt worden ist, daß die Pershing II nicht mit atomaren Sprengköpfen bestückt sind bzw. werden, trifft dies auch beim Auswechseln von QRA-Flugkörpern (Quick Reaction Alert) der Pershing IIa zu?
58. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Kann die Bundesregierung Informationen bestätigen, wonach im Wehrbereich V Bundeswehr-Wärmeversorgungsanlagen von Kohle auf Gas umgestellt werden sollen, und wie viele Anlagen sind davon betroffen?
59. Abgeordneter
Kirschner
(SPD)
- Welche Auswirkungen hat diese Umstellung auf die qualifizierten Arbeitsplätze, insbesondere der Kesselwärter?
60. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Trifft es zu, daß im Bundeswehr-Munitionsdepot Jarde Lund eine Kürzung der Mannschaftsstärke der Depot-Feuerwehr beschlossen wurde, und ist der Bundesregierung bekannt, daß es die Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Jarde Lund-Böxlund einem Bericht des Flensburger Tageblattes vom 22. Januar 1985 zufolge unter diesen Umständen übereinstimmend abgelehnt haben, im Rahmen der Nachbarschaftshilfe im Falle eines Brandes im Munitionsdepot Jarde Lund eingesetzt zu werden?
61. Abgeordneter
Jungmann
(SPD)
- Auf Grundlage welcher Rechtsvorschriften ist im Bundesgebiet grundsätzlich der Brandschutz in militärischen Sicherheitsbereichen, in denen Explosions- oder leicht entflammbare Stoffe gelagert sind, gewährleistet, und wie ist in diesem Zusammenhang bei der Brandbekämpfung die

Zusammenarbeit mit der jeweiligen örtlichen Freiwilligen Feuerwehr oder Berufsfeuerwehr geregelt bzw. sichergestellt?

62. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß, nachdem im Zuge des Baus der Autobahnteilstrecke Alzey—Kirchheimbolanden (A 63) auf die zusätzliche Planung des militärischen Notlandeplatzes Morschheim verzichtet worden ist, die Planung von vornherein nicht unbedingt erforderlich war?

63. Abgeordneter
Sielaff
(SPD)

Welche neuen Erkenntnisse haben die Bundesregierung bewogen, auf den Bau des militärischen Notlandeplatzes Morschheim an der A 63 zu verzichten oder wird die Bundesregierung auf jeden Fall auf einer Ersatzlösung bestehen?

64. Abgeordneter
Roth
(SPD)

Hat die Bundesregierung der Regierung der Vereinigten Staaten von Amerika eine Teilnahme der Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative zugesagt, und auf welcher Basis beruhte diese Zusage (Kabinettausschußbeschluß, Kabinettsbeschluß, Koalitionsvereinbarung)?

65. Abgeordneter
Roth
(SPD)

Welche Ressorts sind für welche Teilaspekte der Frage „Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika“ zuständig?

66. Abgeordneter
Vosen
(SPD)

Welche Rolle hat die Bundesregierung hinsichtlich einer möglichen Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika den Forschungsförderorganisationen, Forschungsorganisationen und Forschungseinrichtungen in der Bundesrepublik Deutschland zugedacht (namentlich der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Max-Planck-Gesellschaft, der Fraunhofer-Gesellschaft und den Großforschungseinrichtungen)?

67. Abgeordneter
Vosen
(SPD)

Welches sind die technologiepolitischen Bedingungen und Kriterien, unter denen die Bundesregierung die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika vorsehen wird, und welche Form der Vereinbarung dieser Bedingungen und Kriterien zwischen der Bundesregierung und der US-Regierung strebt die Bundesregierung an?

68. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aktivitäten des Londoner Büros, in dem Beauftragte der US-Regierung auch für eine Beteiligung von deutschen Personen und Firmen an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika werben, und wie stellt sich die Bundesregierung insbesondere zu den Vertragsangeboten dieses Büros gegenüber deutschen Spitzenwissenschaftlern?
69. Abgeordneter
Stahl
(Kempen)
(SPD)
- Welche Dokumente oder Spezifikationen der US-Regierung liegen der Bundesregierung zur Projektbeschreibung eines Forschungsprogramms zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika vor, und auf welchen Gebieten hat die US-Regierung die Bundesrepublik Deutschland eingeladen, sich mit finanziellen Aufwendungen zu beteiligen?
70. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)
- Welche deutschen Firmen bzw. Firmen mit Sitz in der Bundesrepublik Deutschland haben bisher gegenüber der Bundesregierung bzw. gegenüber den Beauftragten der US-Regierung ihr Interesse an der Teilnahme an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika bekundet, und welche Themenfelder haben sie genannt?
71. Abgeordneter
Dr. Kübler
(SPD)
- In welchen Ressorts hat die Bundesregierung beauftragte bzw. zuständige Beamte für die Bearbeitung der Frage „Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika“ bestimmt oder sind ohne besondere Einsetzung tätig, und wer sind diese Beamten?
72. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Welche Mitglieder der Bundesregierung, Parlamentarische Staatssekretäre und Staatsminister haben in der Zeit seit der „Star-War-Rede“ des US-Präsidenten im März 1983 Gespräche, Sondierungen, Verhandlungen oder ähnliches mit offiziellen US-Regierungsstellen über Aspekte, Einzelheiten und Konsequenzen der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika geführt, und welches sind die Ergebnisse?
73. Abgeordneter
Fischer
(Homburg)
(SPD)
- Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung für den Zeitpunkt ihrer endgültigen offiziellen Entscheidung über die Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland am Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika unter Berücksichtigung der Tatsache, daß die US-Regierung die 60-Tage-Frist für eine Beteiligung von interessierten Ländern nicht aufgehoben hat?

74. Abgeordneter
Catenhusen
(SPD)
- Welche Vorstellungen bestehen bei der Bundesregierung darüber, in die Vielzahl der nationalen und europäischen Forschungseinrichtungen eine europäische Beteiligung an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika zu integrieren, gibt es insbesondere Überlegungen, eine „European Research Concertation Activity (EURECA)“ ins Leben zu rufen?
75. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- Welche wissenschaftlichen Analysen über einen durch militärische Forschung, insbesondere das Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika induzierten oder induzierbaren zivil-technologischen Innovationsschub liegen der Bundesregierung vor, und inwieweit wird durch sie die These eines „spin-off“ aus militärischer Forschung für zivile Zwecke gestützt?
76. Abgeordneter
Vahlberg
(SPD)
- Auf welchen Technologiefeldern glaubt die Bundesregierung, daß Forschung und Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland dem Stand vergleichbarer Aktivitäten in den Vereinigten Staaten von Amerika überlegen ist?
77. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Mit welchem Mittel-Volumen rechnet die Bundesregierung als künftige Belastung des Bundeshaushalts, falls sich die Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika beteiligen sollte, und in welche Einzelpläne sollen gegebenenfalls die entsprechenden Mittel eingestellt werden?
78. Abgeordneter
Grunenberg
(SPD)
- Welche Überlegungen gibt es in der Bundesregierung, den für eine Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland an dem Forschungsprogramm zur Strategischen Verteidigungsinitiative der Vereinigten Staaten von Amerika gegebenenfalls notwendigen finanziellen Mehraufwand zu decken (Erhöhung des Ausgabevolumens oder Einsparung an anderen Stellen gegebenenfalls bei welchen zivilen Forschungsaufwendungen)?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend,
Familie und Gesundheit**

79. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die spektakulären Ergebnisse der ärztlichen Vorprüfung (Physikum) an den deutschen Hochschulen im Frühjahr 1985, und strebt sie nachträgliche Korrekturen an, wie sie 1981 schon einmal stattgefunden haben?

80. Abgeordneter
Dr. Lammert
(CDU/CSU)
- Hält die Bundesregierung die gegenwärtigen fachlichen, rechtlichen und politischen Regelungen des Instituts für Medizinische und Pharmazeutische Prüfungsfragen (IMPP) in Mainz für korrekturbedürftig, und hat sie bereits entsprechende Initiativen ergriffen?
81. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß in einer Vielzahl österreichischer Weinhandlungen, die ihre Weine insbesondere in die Bundesrepublik Deutschland importieren, Weinverfälschungen größten Ausmaßes festgestellt wurden, und hat die Bundesregierung dafür Sorge getragen, daß angesichts dieses Vorgangs eine gezielte und verschärfte Kontrolle aller eingeführten österreichischen Weine durchgeführt wird?
82. Abgeordneter
Schartz
(Trier)
(CDU/CSU)
- Wie ist das Ergebnis der eventuell schon durchgeführten Kontrolle?
83. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Kann die Bundesregierung mitteilen, ob bei der Einfuhr von Fleisch aus Ländern, in denen Hormone als Masthilfen zugelassen sind, die Möglichkeit besteht, die Verwendung dieser Hormone durch Untersuchungen einzelner Fleischstücke nachzuprüfen, und ist ihr bekannt, in welchem Umfang solche Untersuchungen durchgeführt werden?
84. Abgeordneter
Müller
(Schweinfurt)
(SPD)
- Kann der Nachweis der Verwendung von in der Bundesrepublik Deutschland verbotenen Hormonen auch dann geführt werden, wenn diese Masthilfen bereits einen längeren Zeitraum vor der Schlachtung abgesetzt wurden, oder ist die Möglichkeit nicht auszuschließen, daß die ausländischen Mäster sich auf diese Weise einen Wettbewerbsvorteil gegenüber ihren deutschen Konkurrenten verschaffen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

85. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Welche Ladungsaufteilung wurde für die deutsche Handelsflotte mit den Ländern Algerien, Kamerun, Marokko, Tunesien und Zaire nach den Schifffahrtsgesprächen vereinbart, und wie hoch war die Ladungsaufteilung vor den geführten Gesprächen für die deutsche Handelsflotte und für die Handelsflotte der betroffenen Länder?
86. Abgeordneter
Hettling
(SPD)
- Ist der Bundesregierung bekannt, daß im bilateralen Seehandel mit der Sowjetunion auf deutsche Schiffe insgesamt 6 v. H. (sowjetische 77 v. H.), Indien auf deutsche Schiffe insgesamt 3 v. H. (indische 38 v. H.) und u. a. im Handel mit

Bangladesh auf deutsche Schiffe insgesamt 6 v. H. (bengalische 47 v. H.) Ladungsaufteilung erfolgt, und ist in diesen Fällen § 46 Außenwirtschaftsverordnung gemäß des Kabinettsbeschlusses vom 30. Mai 1984 angewandt worden?

87. Abgeordneter
Lowack
(CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, sich dafür einzusetzen, daß Schwerbehinderte mit außergewöhnlicher Gehbehinderung eine Parkerlaubnis auch in beschränktem Halteverbots- und Fußgängerzonen erhalten, nachdem sich in der Praxis die Regelung über einzelne Ausnahme genehmigungen als völlig unzureichend erwiesen hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

88. Abgeordnete
Frau Schmedt (Lengerich)
(SPD)

Hat der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen in Dhaka Gespräche geführt über die Einführung eines digitalen Fernmeldevermittlungsnetzes?

89. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)

Ist es richtig, daß wegen des verzögerlichen Aufbaus von Btx-Vermittlungsstellen in Oberfranken Gebührennachteile in einem Teil von Oberfranken für Btx-Betreiber entstehen?

90. Abgeordneter
Dr. de With
(SPD)

Wird die Bundesregierung Maßnahmen ergreifen, um alsbald zu verhindern, daß für Btx-Betreiber in Oberfranken, insbesondere in Bamberg, mangels entsprechend gleichwertiger Vermittlungsstellen auch weiterhin die teure Tarifzone 2 gilt, wohingegen Konkurrenten z. B. mit dem Sitz im Nürnberger Ballungsraum mit den günstigen Nahbereichgebühren arbeiten können und so Wettbewerbsvorteile genießen?

91. Abgeordneter
Wolfram (Recklinghausen)
(SPD)

Trifft es zu, daß alle Auszubildenden des Jahrgangs 1985 bei der Deutschen Bundespost im Fernmeldebereich nach Abschluß ihrer Ausbildung dort auch einen Arbeitsplatz bekommen?

92. Abgeordneter
Wolfram (Recklinghausen)
(SPD)

Welche Garantie kann der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen dafür übernehmen, daß diese Versprechen auch tatsächlich eingehalten werden?

93. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN)

Nach welchen Kriterien wurde die Zusammensetzung der „Regierungskommission Fernmeldewesen“, die sich am 22. April 1985 unter Leitung von Prof. Dr. E. Witte konstituiert hat, bestimmt, und warum sind dafür weder Vertreter der GRÜNEN – obwohl sonst alle Fraktionen vertreten sind – noch Vertreter von gesellschaft-

lich relevanten Gruppen, wie z. B. den Verbraucherverbänden, noch Soziologen oder Psychologen als Wissenschaftler benannt worden?

94. Abgeordneter
Mann
(DIE GRÜNEN)

Warum werden bei der Formulierung der Ziele der Kommission („bestmögliche Förderung technischer Innovation, die Entwicklung und Wahrung internationaler Kommunikationsstandards sowie die Sicherung des Wettbewerbs auf dem Markt der Telekommunikation“) die gesellschaftlichen Auswirkungen „technischer Innovation“ im Fernmeldewesen nicht berücksichtigt, und wie soll die Kommission „die Meinungen aller für diese Fragestellung relevanten Gruppen“ ermitteln, insbesondere da die meisten dieser Gruppen nicht in der Kommission vertreten sind?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

95. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)

Welche Forschungsvorhaben hat die Bundesregierung in Auftrag gegeben, um den aufgetretenen Fällen von Bodenverseuchung wirksam entgegenwirken zu können?

96. Abgeordneter
Urbaniak
(SPD)

Welche Bundesländer, die Forschungsvorhaben zu dieser Problematik als Modellvorhaben in Auftrag gegeben haben, werden von der Bundesregierung unterstützt?

97. Abgeordneter
Menzel
(SPD)

Hat die Bundesregierung zur Ermittlung des optimalen Standorts für eine Kohleveredelungsanlage (Bottrop oder Saarland) von den Interessenten eine Standortvergleichsstudie angefordert, und haben beide Interessenten eine solche Vergleichsstudie geliefert?

98. Abgeordneter
Menzel
(SPD)

Wie sind die Ergebnisse dieser Studie, und welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung daraus zu ziehen?

99. Abgeordneter
Dr. von Bülow
(SPD)

Wird sich die Bundesregierung, wie vom französischen Außenminister vorgeschlagen, an einer europäischen Technologieagentur beteiligen, die vergleichbare europäische zivile Forschungen und Entwicklungen auf dem für SDI maßgebenden technologischen Gebieten koordinieren soll?

100. Abgeordneter
Dr. Jens
(SPD)

Wieviel optische Sensoren die zivil, und wieviel optische Sensoren, die militärisch entwickelt wurden, werden derzeit nach der Kenntnis der Bundesregierung in der diesbezüglichen physikalischen Forschung und in der industriellen Anwendung, insbesondere bei der Fertigung mittels Handhabungsautomaten, eingesetzt?

**Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung
und Wissenschaft**

- | | |
|--|---|
| 101. Abgeordneter
Vogelsang
(SPD) | Wieviel Ausbildungsplätze nach dem Berufsbildungsgesetz wird die Bundesregierung in ihrem Verantwortungsbereich (Deutsche Bundesbahn, Deutsche Bundespost, Bundeswehr etc.) in diesem Jahr anbieten, und wieviel Ausbildungsverträge wurden in dem gleichen Bereich im Jahr 1984 abgeschlossen? |
| 102. Abgeordneter
Kastning
(SPD) | Wie hoch wird nach Einschätzung der Bundesregierung in diesem Jahr die Nachfrage nach und das Angebot an Ausbildungsplätzen sein? |
| 103. Abgeordneter
Kuhlwein
(SPD) | Teilt die Bundesregierung die Auffassung der Vizepräsidentin der Bundesanstalt für Arbeit, Frau Engelen-Kefer (Süddeutsche Zeitung vom 11. April 1985), die eine nochmalige Verschärfung der Situation auf dem Lehrstellenmarkt insbesondere für Mädchen und junge Frauen befürchtet? |
| 104. Abgeordnete
Frau
Odendahl
(SPD) | Wie hat sich seit 1982 die Zahl der Altbewerber auf dem Ausbildungsstellenmarkt entwickelt, und worauf führt die Bundesregierung diese Entwicklung zurück? |
| 105. Abgeordneter
Weisskirchen
(Wiesloch)
(SPD) | Welche Maßnahmen plant die Bundesregierung für das Jahr 1985, damit alle ausbildungsplatzsuchenden Jugendlichen in einen Ausbildungsplatz vermittelt werden können? |
| 106. Abgeordneter
Amling
(SPD) | Durch welche noch einzuleitenden Schritte beabsichtigt die Bundesregierung, die Ausbildung, insbesondere der Jugend, zu unterstützen und damit Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen und die berufliche Qualifikation zu verbessern? |

Bonn, den 10. Mai 1985